



16.06.2023

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am Dienstag haben wir in der Hosttown Wetzlar die Sportlerinnen und Sportler der Delegation für die Special Olympics World Games aus Costa Rica empfangen. Mit einem großen, inklusiven Familienfest feierten wir gemeinsam mit der Bundesinnenministerin Nancy Faeser in der Colchester-Anlage den olympischen Sportsgeist. Am Samstag beginnen die Special Olympics World Games mit der großen Eröffnungsfeier im Olympiastadion in Berlin. Tausende



Athletinnen und Athleten treten in 26 Sportarten bei der weltweit größten inklusiven Sportveranstaltung an. Als Vizepräsidentin der Special Olympics Deutschland freue ich mich schon sehr auf die kommende Woche und die vielen Wettkämpfe in Berlin. Die Eröffnung wird am Samstag ab 20:15 Uhr im rbb oder auf Sky übertragen. Auch in der kommenden Woche gibt es Live-Übertragungen bei Sky, in der ARD oder tägliche Highlight Clips auf DAZN.

Am Mittwochmorgen war ich wieder in Berlin und bei den Berliner Wirtschaftsgesprächen zu Gast. Dort habe ich über meine persönlichen Beweggründe, meinen Wahlkreis und die Herausforderungen der aktuellen Gesundheitspolitik gesprochen. [Wer Lust hat, kann sich dies hier noch einmal angucken.](#)

Außerdem hat sich die Ampelkoalition auf den Gesetzentwurf zum Gebäudeenergiegesetz geeinigt und wir haben das Gesetz in erster Lesung beraten. Konkret sieht der Gesetzentwurf folgendes vor:

- Die Regelung, dass alle neuereingebauten Heizungssysteme mit mindestens 65 Prozent erneuerbarer Energien betrieben werden müssen, wird ab dem 1. Januar 2024 zunächst für Neubaugebiete gelten. Wir verschaffen für bestehende Gebäude damit mehr Zeit und verzahnen es mit der kommunalen Wärmeplanung: Erst wenn diese vorliegt, gilt die Pflicht auch für Bestandsgebäude. Damit können

Besitzerinnen und Besitzer von Gebäuden warten und sich, wenn dann möglich, einer klimafreundlichen Fernwärmeplanung anschließen.

- Beim Umstieg auf klimaneutrale Heizungssysteme werden alle Optionen gleichwertig behandelt - Hauptsache klimafreundlich! Dazu gehört auch die Möglichkeit, mit Holz und Pellets zu heizen.
- Mieterinnen und Mieter werden geschützt, damit sie nicht zu stark belastet werden. Gleichzeitig schaffen wir Anreize für Vermieterinnen und Vermieter, in moderne Heizungssysteme zu investieren.

[Eine Übersicht über das nun eingebrachte Gesetz gibt es hier.](#)

Uns ist es seit Beginn der Diskussionen wichtig, dass wir die ökologischen mit den sozialen Fragen verbinden. Denn wenn wir unser Ziel erreichen wollen, bis 2045 klimaneutral zu sein, müssen wir jetzt konkrete Schritte unternehmen, um das Ziel zu erreichen. Ein Drittel aller fossilen Emissionen kommen aus dem Bereich der Gebäude bzw. der Wärmeversorgung. Wer jetzt eine neue Heizung einbaut, wird diese 20 – 30 Jahre lang nutzen. Deshalb müssen wir jetzt handeln. Mein Kollege Matthias Miersch hat in seiner Rede gestern noch einmal deutlich gemacht, dass das alleinige Setzen auf die CO₂-Bepreisung nicht der richtige Weg sein kann. Denn das würde dazu führen, dass sich viele Menschen mit wenig Geld das Heizen ab 2026 schlichtweg nicht mehr leisten könnten. [\(Hier geht es zu seiner Rede\)](#) Wir werden das Gesetz jetzt eingehend im parlamentarischen Verfahren beraten und bleiben bei unserem Versprechen: Die Wärmewende muss für alle umsetzbar sein. Wir lassen niemanden alleine.

Klimaneutrales Heizen für alle möglich machen!

Darauf haben wir uns in der Ampel geeinigt:

- Mehr Zeit** für den Umstieg auf klimafreundliches Heizen in bestehenden Gebäuden durch enge Verzahnung mit der kommunalen Wärmeplanung.
- Passgenaue Förderung**, die die verschiedenen Bedürfnislagen und soziale Härten bis in die Mitte der Gesellschaft berücksichtigt. Wir wollen niemanden zu etwas verpflichten, das in der jeweiligen Lebenslage nicht leistbar ist.
- Offenheit für verschiedene Technologien** – Hauptsache klimafreundlich. Das gilt auch für Holz und Pellets.
- Mieter:innen schützen** vor übermäßigen Belastungen.

SPD Fraktion im Bundestag

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas hat heute deutlich gemacht, welchen Stellenwert die Volksaufstände in der DDR für die Entwicklung Deutschlands hatten: „Diktaturen vertragen keine freien Menschen, sie brauchen Untertanen die gehorchen. Das ist der Unterschied zur freiheitlichen Demokratie. [...] Mutige Frauen und Männer in der DDR haben zwei große Freiheitsbewegungen in Gange gesetzt. Sie haben Demokratiegeschichte geschrieben, deutsche und europäische Geschichte.“ Morgen vor 70 Jahren fand der Volksaufstand in der DDR statt. Am 17. Juni 1953 gingen viele mutige Menschen auf die Straße, um gegen die SED-Diktatur zu demonstrieren, bis der Aufstand brutal und mit Militärgewalt niedergeschlagen wurde. In einer Gedenkstunde haben wir heute den Menschen gedacht, die für Freiheit, Demokratie und gegen Diktatur demonstriert haben. Wir werden sie niemals vergessen. [\(Hier geht es zur Rede von Bärbel Bas\)](#)

Die Arbeitsbedingungen für Fernkraftfahrerinnen und -fahrer sind auch in Europa katastrophal, wie der Streik an der Raststätte Gräfenhausen einmal mehr verdeutlicht hat. Wir haben deshalb in dieser Woche ein Gesetz beschlossen, dass zur Umsetzung des neuen EU-Rechts dient und den Arbeitsschutz stärkt und die Arbeitsbedingungen verbessert. Fahrerinnen und Fahrer die nach, aus oder durch Deutschland fahren, haben dadurch deutlich mehr Rechte als bisher. Alle Fahrerinnen und Fahrer müssen zukünftig digital registriert werden. Speditionen müssen ihnen zudem Unterlagen bereitstellen, wie beispielsweise Gehaltsnachweise,

Aufzeichnungen des Fahrtenschreibers oder Arbeitsverträge, die bei Kontrollen vorgezeigt werden können. Sollten Speditionen dagegen verstoßen, werden empfindliche Bußgelder fällig. Zudem wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Behörden erleichtert und verstärkt. Wir bekämpfen damit Ausbeutung ein Ende und sorgen dafür, dass sich alle auf die Mindeststandards verlassen können.

Seit vielen Jahren gibt es keine europäische Lösung für die Verteilung und Unterbringung der vielen Geflüchteten in Europa. Seit 2015 wissen wir, dass die bisherigen Verordnungen, wie zum Beispiel die Dublin-Verordnung, nicht zu einer Lösung beitragen und sich so manche Mitgliedsstaaten aus der Verantwortung stehlen konnten. Die Zustände an den Außengrenzen sind katastrophal und erfüllen aktuell keine Menschenrechtsstandards. Auch in Deutschland sind viele Kommunen mit der Unterbringung der Menschen überfordert und tun aktuell ihr Möglichstes, um die Flüchtlinge gut unterzubringen.

In der vergangenen Woche haben sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union endlich auf eine umfassende Reform des Europäischen Asylsystems geeinigt. Damit wir unser Europa der offenen Grenzen retten können, müssen endlich praktikable Lösungen umgesetzt werden. Die Alternative wären umfangreiche Grenzkontrollen innerhalb Europas, die nicht nur die Reisefreiheit beeinträchtigen, sondern auch durch Lieferkettenprobleme Arbeitsplätze gefährden würden, vor allem würde das Schließen der Grenzen die katastrophalen Zustände an den Außengrenzen nicht verbessern.

Durch die Reform wird das grundsätzliche individuelle Recht auf Asyl beibehalten. Eine Forderung für die Nancy Faeser für Deutschland schwer gekämpft hat. Alle Menschen, die aufgrund von Krieg oder Vertreibung Asyl beantragen wollen, können dies tun. Mit der Einigung werden die Verfahren für diejenigen, deren Asylverfahren eine geringe Aussicht auf Erfolg haben, direkt an den europäischen Außengrenzen gestellt und verhandelt. Diese Verfahren werden nach rechtsstaatlichen Grundsätzen und mit richterlicher Kontrolle abgehalten. Zudem finden sie ausschließlich auf dem Hoheitsgebiet der EU statt. Wir bringen damit Ordnung in die Verfahren und sorgen für schnellere Entscheidungen. Sollte nach 12 Wochen keine Entscheidung getroffen worden sein, können die Menschen in die EU einreisen.

Viele Kommunen sind aktuell mit der Unterbringung der Geflüchteten überlastet und versuchen durch ihr Handeln Obdachlosigkeit zu verhindern. Deshalb ist es ein wichtiger Schritt, mehr Ordnung und Schnelligkeit in die Registrierung und Aufnahme der geflüchteten Menschen einzuführen. Dafür müssen auch die Länder handeln und die Digitalisierung der Verfahren und der Ausländerbehörden sicherstellen. Nancy Faeser ist es endlich gelungen, dass es einen verbindlichen Verteilungs- und Solidaritätsschlüssel gibt. Das bedeutet, dass alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union Geflüchtete aufnehmen müssen. Ansonsten müssen sie sich an den finanziellen Belastungen der anderen Mitgliedsstaaten beteiligen. Das ist ein Fortschritt, der viele Jahre nicht möglich war.

Wir können in Europa nicht alleine entscheiden. Die Lage an den EU-Außengrenzen ist schon lange aus humanitären und menschenrechtlichen Gründen katastrophal. Deshalb ist es richtig, dass wir dort die Zuwanderung ordnen und endlich Menschenrechtsstandards garantieren. Leider sind nicht mehr viele Mitgliedsstaaten auf unserer Seite, auch nicht diejenigen, die sozialdemokratisch regiert werden. Das gilt

übrigens auch bei der Unterstützung von NGOs der Seenotrettung. Hier steht Deutschland alleine als Unterstützer da.

Gemeinsam mit Portugal und Luxembourg ist es uns dennoch gelungen zwei entscheidende Dinge durchzusetzen:

1. **Das grundsätzliche Recht auf Asyl, das gerade für Deutschland und die deutsche Sozialdemokratie von historischer Bedeutung ist, bleibt unangetastet und wird nicht ausgehöhlt.**
2. **Unbegleitete Minderjährige Geflüchtete werden aus den Verfahren rausgenommen.**

Nancy Faeser hat sich dafür stark gemacht, dass alle Familien mit Kindern aus den Grenzverfahren herausgenommen werden. Leider gab es hierfür keine Mehrheit. In den nun anstehenden Beratungen des Europäischen Rates mit dem Parlament und der Kommission wird sich Deutschland weiterhin dafür einsetzen. Die Verfahren an den EU-Außengrenzen betreffen zudem nur einen kleinen Teil der Menschen die nach Europa kommen. Im letzten Jahr sind 880.000 Menschen nach Europa geflohen, davon hatten nur 30.000 Geflüchtete keinen Asylgrund. Ziel ist es, dass diese Asylverfahren direkt an den Außengrenzen verhandelt werden. Für alle anderen ändert sich nichts. [Alle Informationen gibt es ausführlich noch einmal hier](#) sowie [ein FAQ auf die meisten Behauptungen](#)

Ich bin Nancy Faeser ausgesprochen dankbar dafür, dass sie es geschafft hat, dass nach Jahren des Stillstands in Europa wieder ein Stein ins Rollen gebracht wurde, denn wir jetzt gestalten werden und dem wir eine sozialdemokratische Richtung geben können. Mit unseren Gesetzen zur Fachkräfteeinwanderung und dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht sorgen wir zudem dafür, dass es mehr geplante und sichere Migration geben wird und wir Menschen eine Chance geben. Alle Menschen haben das Recht Asyl zu beantragen. Das ist ein hohes Gut.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt